

## Entwicklungen & Trends 2021

### Gräben überwinden – mit Weitblick handeln

von Heidrun Betz

Es sind vor allem junge Menschen, die aus ihrer Unzufriedenheit mit dem aktuellen System der landwirtschaftlichen Produktion und der Empörung über die industrielle Form der Tierhaltung persönliche und politische Konsequenzen ziehen. Im Zentrum der Kritik stehen der Einfluss der Fleischproduktion auf die Klimaentwicklung sowie auf den bedrohlichen Rückgang der Arten und der Biodiversität in landwirtschaftlich geprägten Regionen. Diese Kritik wird zunehmend auch von wissenschaftlicher Seite geteilt. So kommt der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) bereits im Juni 2020 in einer Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass in den wohlhabenden Ländern die Ernährung mit Lebensmitteln aus der Tierhaltung verringert werden müsse.<sup>1</sup> Im März 2021 rief der Präsident des Umweltbundesamtes, Dirk Messner, öffentlich dazu auf, den Fleischkonsum in Deutschland zu halbieren.<sup>2</sup> Und im Juni erklärt ein Konsortium von Wissenschaftler:innen aus vier deutschen Forschungseinrichtungen in einem gemeinsamen Gutachten, den Konsum und die Produktion tierischer Produkte zu verringern, sei eines der drei zentralen Handlungsfelder zur Erreichung der Klimaneutralität in der Landwirtschaft – neben der Verbesserung der Stickstoffeffizienz und der Wiedervernässung der Moore.<sup>3</sup>

Viele der Jugendlichen, die wirksamere politische Maßnahmen zur Begrenzung der Klimaerwärmung fordern, richten ihren Lebensstil bereits entsprechend aus und reduzieren ihren Konsum tierischer Produkte. Dem BMEL-Ernährungsreport 2021 zufolge kaufen vor allem Jüngere (47 Prozent der 14- bis 29-Jährigen und 38 Prozent der 30- bis 44-Jährigen) vegetarische und vegane Alternativen zu tierischen Produkten. Der Anteil der Befragten, die sich vegetarisch ernähren, ist gegenüber dem Vorjahr demnach von fünf auf zehn Prozent, der Anteil der Veganer:innen von einem auf zwei Prozent gestiegen. Für 59 Prozent der Befragten, mehr als im Vorjahr, seien dafür Tierschutzgründe ausschlaggebend.<sup>4</sup> Für viele junge Erwachsene ist der Verzicht auf Fleisch außerdem ein politisches Statement.

56.000 Sauen und Ferkel kamen in den Flammen um, als am 30. März 2021 in Alt Telling (Mecklenburg-Vorpommern) Europas größte Schweinezuchtanlage abbrannte. Den Bau dieser Anlage zu verhindern, war den Verbänden, die nun Strafanzeige stellten, nicht gelungen.<sup>5</sup>

Dass es unerlässlich ist, die Art und Weise zu verändern, wie weltweit Lebensmittel produziert und konsumiert werden, wurde im September 2021 auch auf dem ersten UN-Gipfel für Ernährungssysteme (Food Systems Summit, UNFSS) in New York thematisiert.<sup>6</sup> »Ernährungssysteme können und müssen eine führende Rolle bei der Verwirklichung der Ziele für

**Fachleute einig:  
Fleischkonsum muss  
zurückgehen**

**Verzicht auf Fleisch –  
ein politisches  
Statement**

nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 spielen«, erklärte UN-Generalsekretär António Guterres in seinem Eingangsstatement. Mit der Aktion *Act Now* rufen die Vereinten Nationen (UN) dazu auf, zum Schutz des Klimas aktiv zu werden und – unter anderem – auf eine mehr pflanzenbasierte Ernährung umzusteigen.<sup>7</sup> Gleiches fordert unter anderem auch die Eurogroup for Animals, Dachorganisation der europäischen Tierschutzverbände, unter der Überschrift *Protecting Animals to Protect the Planet*.<sup>8</sup>

**Internationale  
Dachorganisation  
gegründet**

Tierschutzorganisationen aus aller Welt haben ihre Zusammenarbeit verstärkt und im Februar 2021 die World Federation for Animals (WFA) gegründet – eine global aktive Dachorganisation für Tierschutzorganisationen. Die WFA will sich dafür einsetzen, dass Aspekte des Tierschutzes auch bei der UN Gehör finden. Sie fokussiert sich auf politische Forschung, Analyse und Informationsaustausch, koordiniert das gemeinsame Vorgehen der Tierschutzorganisationen auf internationaler Ebene und übernimmt die politische Interessenvertretung des Tierschutzes auf UN-Ebene. Ihren Sitz hat die WFA in Boston, Massachusetts (USA). Der Deutsche Tierschutzbund und die Eurogroup for Animals gehören zu den Gründungsmitgliedern.<sup>9</sup>

## Politische Entwicklungen auf europäischer Ebene

### *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)*

Obwohl von 2014 bis 2020 mehr als ein Viertel aller EU-Agrarausgaben (über 100 Milliarden Euro) in den Klimaschutz geflossen sind, sind die Treibhausgasemissionen der europäischen Landwirtschaft in diesem Zeitraum nicht zurückgegangen. Dies kritisierte der Europäische Rechnungshof (EURH) in seinem Sonderbericht *Gemeinsame Agrarpolitik und Klima*. Die meisten der von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geförderten Maßnahmen hätten nur ein geringes Klimaschutzpotenzial. Da Emissionen aus der Viehhaltung, die direkt im Zusammenhang mit der Größe des Viehbestandes stünden, rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Emissionen ausmachten – wenn man die Emissionen aus der Produktion und dem Import von Tierfutter hinzurechne, sei der Anteil der Emissionen aus der Viehhaltung noch höher – sei es dringend erforderlich, die Produktion und den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren. Die GAP zielt jedoch nicht darauf ab, den Viehbestand zu begrenzen und bietet dazu auch keine Anreize. Wörtlich heißt es: »Zu den GAP-Marktdaßnahmen gehört die Absatzförderung für tierische Erzeugnisse und deren Verzehr ist seit 2014 nicht zurückgegangen.«<sup>10</sup> Da die Absatzförderung auch nach 2023 ein zentrales Ziel der GAP sein wird, ist nicht damit zu rechnen, dass die neue Politik eine Verringerung der Produktion tierischer Erzeugnisse und eine Verkleinerung der Tierbestände bewirken wird.

**Europäischer  
Rechnungshof übt  
harsche Kritik**

Dabei hatte, neben anderen, auch der RNE die Bundesregierung im November 2020 anders beraten und die vollständige Anpassung der GAP an den *Green Deal* und die Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie der EU gefordert.<sup>11</sup> Zwölf Jugendorganisationen aus dem Agrar- und Ernährungsbereich hatten in einem Offenen Brief an die Kommission appelliert, bei den Verhandlungen zur GAP Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Gesellschaft über das gesamte Ernährungssystem in der EU hinweg zusammen zu denken. Die Kommission solle dafür sorgen, dass die GAP ihrer Verantwortung zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels gerecht wird, zum Erhalt der Biodiversität beiträgt und am Tierwohl sowie der Förderung der klein- und mittelstrukturierten Landwirtschaft ausgerichtet ist.<sup>12</sup>

**Jugend appelliert an  
EU-Kommission**

Die nationalen Strategiepläne der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der GAP ab 2023 sollen der EU-Kommission Anfang 2022 vorliegen. Deutschland hat sich bereits auf eine Gesetzgebung festgelegt (siehe dazu auch den Beitrag von Thomas Schröder im Anschluss an diesen Jahresrückblick – S. 271–275).

### *Revision des europäischen Tierschutzrechts*

Seit Mai 2020 überprüft die EU-Kommission im Rahmen des *European Green Deal* und der darin enthaltenen Farm-to-Fork-Strategie die aktuell gültige Gesetzgebung im Bereich der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Ende 2021 soll dieser »Fitness Check« abgeschlossen sein.<sup>13</sup> Der Deutsche Tierschutzbund wies in seiner Stellungnahme unter anderem darauf hin, dass eine neue Gesetzgebung auch bestehende und bekannte Lücken in den Tierschutzvorschriften schließen müsse.

Am 12. Oktober 2021 stellte die dänische Delegation dem Agrarministerrat ein Positionspapier mit Forderungen zur Überarbeitung der europäischen Tierschutzvorschriften vor, auf die sich die für den Tierschutz verantwortlichen Minister:innen Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, der Niederlande und Schwedens verständigt hatten. Sie appellierten damit an die Kommission, gesetzliche Bestimmungen für alle zu Erwerbszwecken in der EU gehaltenen Tierarten zu erarbeiten – nicht nur im Bereich der Landwirtschaft, sondern auch für Hunde und Katzen. Zusätzlich müsse die Gesetzgebung in den Bereichen Transport (prioritär) und Schlachtung aktualisiert werden. Das zukünftige europäische Tierschutzrecht solle alle Bereiche von der Geburt bis zum Tod eines Tieres umfassen. Neue europäische Vorschriften sollten unter anderem für die Aufzucht von Hühnerküken, für Kaninchen sowie für die Haltung von Milchkühen und für Puten erlassen werden. Die bestehenden Bestimmungen zur Haltung von Legehennen, Masthühnern, Kälbern, und Schweinen sollten auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse überarbeitet werden. Zu den Eckpunkten, die in diesem Positionspapier festgehalten sind, gehören langjährige Forderungen des Tierschutzes wie die Beendigung jeglicher Käfighaltung und der Anbindehaltung der Rinder.<sup>14</sup>

**Aktualisierung der  
Tierschutzgesetzgebung  
angestoßen**

#### »End the Cage Age«

Einen historischen Erfolg erreichten die Tierschutzorganisationen mit ihrer Europäischen Bürgerinitiative »End the Cage Age« (Beendet das Käfigzeitalter). Mehr als die erforderlichen eine Million Bürger:innen aus allen Teilen der EU hatten die Forderungen unterzeichnet.<sup>15</sup> Die Fachabteilung des Europäischen Parlamentes für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten prüfte die Forderung und berichtete dem Petitionsausschuss (PETI), es sei sowohl politisch als auch finanziell kurzfristig möglich, die Käfighaltung von Hühnern, Kaninchen, Enten und Gänsen in der EU ebenso zu beenden wie die Kastenstandhaltung von Sauen und die Boxenhaltung von Kälbern.<sup>16</sup> Am 30. Juni 2021 kündigte die Kommission an, sie werde bis Ende 2023 einen Gesetzentwurf vorlegen, um jegliche Käfighaltung von Tieren in landwirtschaftlicher Haltung in der EU bis spätestens 2027 auslaufen zu lassen.<sup>17</sup> Von der Neuregelung könnten auch Wachteln profitieren, die hierzulande ebenfalls in Käfigen gehalten werden.<sup>18</sup>

**Aus für die  
Käfighaltung in Sicht**

#### Animal Health Law

Das neue europäische Tiergesundheitsgesetz (Animal Health Law – AHL), das am 21. April 2021 in Kraft trat, soll verschiedene Gesetzgebungen der EU vereinheitlichen. Es zielt vor allem darauf ab, die Übertragung von Krankheiten zu vermeiden, die von Tieren auf andere Tiere oder von Tieren auf Menschen (Zoonosen) übertragen werden können. Das AHL stellt eine Reihe von Instrumenten für die öffentliche Veterinärgesundheits zur Verfügung, von denen auch Heim- und Wildtiere profitieren können. Auf Grundlage dieser Veterinärbestimmungen könnte die EU-Kommission beispielsweise die Nerzzucht in der gesamten EU aussetzen oder einstellen – und dafür gäbe es gute Gründe.<sup>19</sup>

Im Januar 2021 hatten die Welternährungsorganisation (FAO), die Welttierärzteorganisation (OIE) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits gemeinsam davor gewarnt, dass Nerzfarmen als Reservoir für Varianten von SARS-CoV-2 fungieren könnten.<sup>20</sup> Auf mehr als 440 Nerzfarmen aus zwölf Ländern in Europa und Nordamerika wurde das Virus im Zeitraum von April 2020 bis Oktober 2021 nachgewiesen. Übertragungen von Nerzen auf Menschen wurden aus den Niederlanden, Dänemark, Polen und Schweden gemeldet<sup>21</sup> und auf dem Weltgesundheitsgipfel im Oktober 2021 mahnte der Leiter der Virologie an der Berliner Charité, Christian Drosten: »Studien zur Virendiversität sind nur der erste Schritt in der Forschung zur Pandemievorsorge. Der Schwerpunkt muss auf Nutztieren und Zwischenwirten liegen.«<sup>22</sup>

**Wissenschaft  
warnt vor SARS-CoV-2  
auf Nerzfarmen**

#### Politische Entwicklungen in Deutschland

Die Empfehlungen zum Umbau der Tierhaltung, die das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Borchert-Kommission)<sup>23</sup> der Bundeslandwirtschaftsministerin im Februar 2020 übergeben hatte, wurden 2021 in den Agrarmedien zwar immer wieder als Wegweiser zur Transformation der deutschen Landwirtschaft zitiert. Praktische Auswirkungen hatten sie je-

**Vorschläge der  
Borchert-Kommission ...**

doch bisher nicht. Nach einem Beschluss des Bundestages und in Abstimmung mit der Agrarministerkonferenz (AMK) hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zunächst eine unabhängige Machbarkeitsstudie zur rechtlichen und förderpolitischen Begleitung einer langfristigen Transformation der deutschen Nutztierhaltung erbeten. Deren Ergebnisse stellte sie am 2. März 2021 vor. Die beauftragten Fachjuristen waren zu dem Schluss gekommen, die Vorschläge seien grundsätzlich rechtlich umsetzbar. Den Finanzbedarf schätzten sie etwas höher ein als das Kompetenznetzwerk (auf 2,9 Milliarden Euro im Jahr 2025, 4,3 Milliarden Euro im Jahr 2030 beziehungsweise vier Milliarden Euro im Jahr 2040) und auch sie waren der Ansicht, dass die Finanzierung nicht allein von den freien Marktkräften und durch aktuell verfügbare Investitionsförderung realisierbar sein werde. Zum Ausgleich schlugen sie eine Ergänzungsabgabe zur Einkommens- und Körperschaftssteuer vor, die mit dem Solidaritätszuschlag vergleichbar und nicht produktbezogen wäre.<sup>24</sup> Tierschützer begrüßten diesen Vorschlag.

**... sowohl machbar ...**

Das Kompetenznetzwerk hatte zur Finanzierung des Umbaus auch produktbezogene Maßnahmen (eine Verbrauchssteuer auf tierische Produkte oder eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes) ins Gespräch gebracht. Eine produktbezogene Besteuerung würde zwar dazu führen, dass tierische Produkte generell teurer und daraufhin weniger konsumiert werden – ein Effekt, der auch im Sinne des Klimaschutzes wünschenswert wäre. Damit würden jedoch ausgerechnet diejenigen Landwirt:innen benachteiligt, die ihren Tieren schon jetzt und zum Teil seit vielen Jahren deutlich bessere Lebensbedingungen bieten, als der gesetzliche Standard es verlangt. Eine »Ergänzungsabgabe Tierwohl« wäre daher der bessere Weg.

Nur drei Tage nach Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie, am 5. März, sprach der Bundesrat sich mehrheitlich für den »Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung mit einer stärkeren ökologischen und tiergerechten Ausrichtung« aus. Er forderte die Bundesregierung auf, zeitnah konkrete Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung einzuleiten und noch in der laufenden Legislaturperiode schlüssige Konzepte vorzulegen.<sup>25</sup> Eine Politikfolgenabschätzung zu den Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung, die das Thünen-Institut im Auftrag des BMEL erarbeitet hatte, stellte Julia Klöckner am 2. Mai 2021 vor. Das Institut hatte abgeschätzt, wie das Ziel »Mehr Tierwohl für alle Nutztiere bis 2040« erreicht werden könnte, welche tierwohlbedingten Mehrkosten zu erwarten wären, wie diese gedeckt werden könnten, wie hoch der Bedarf an Fördermitteln für die Landwirtschaft wäre und welche wirtschaftlichen Auswirkungen der angestrebte Transformationsprozess habe könnte.<sup>26</sup>

**... als auch finanzierbar**

Seit Anfang Mai 2021 lagen der Politik somit konkrete Berechnungen vor, wie die im Februar 2020 veröffentlichten Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung umgesetzt werden könnten. Mit Bezug auf seinen Beschluss vom 5. März 2021 und »mit Nachdruck« bat der Bundesrat die Bundesregierung daher Mitte September unter anderem, aufbauend auf den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie einen verlässlichen Finanzierungsrahmen für alle nutztierhaltenden Betriebe in Deutschland zu schaffen.<sup>27</sup> Verschiedene Arbeitsgruppen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung befassten sich derweil damit, für Legehennen, Masthühner, Puten, Schweine, Sauen und Rinder Anforderungen für ein Tierwohlkennzeichen festzulegen. Die beteiligten Tierschutzverbände – Pro Vieh, Deutscher Tierschutzbund, Deutsche Umwelthilfe und Vier Pfoten – kritisierten jedoch Ende Mai 2021 bereits sowohl den Arbeitsverlauf als auch die sich abzeichnenden Ergebnisse. Die Arbeit sei zu eng an das vom BMEL geplante freiwillige Tierwohlkennzeichen geknüpft. In einem Offenen Brief appellierten die Verbände an den Vorsitzenden des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung, Jochen Borchert, deutlich mehr Tierwohl einzufordern.<sup>28</sup>

Die viel zitierten Vorschläge, die das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung der Bundeslandwirtschaftsministerin im Februar 2020 vorgelegt hatte, wurden in der 19. Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt. Am 26. September fand die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt.

*Tierwohlkennzeichnung*

Die Entwürfe des BMEL für eine freiwillige Tierwohlkennzeichnung – Entwürfe für ein Tierwohlkennzeichnungsgesetz (TierWKG) und die nachgeschaltete Tierwohlkennzeichnungsverordnung (TierWKV) – lagen bereits zu Jahresbeginn 2021 auf Eis. Die Koalitionäre waren

sich nicht einig. Die SPD hatte sich für ein verpflichtendes Kennzeichnungssystem eingesetzt. Ende März 2021 äußerte auch der Bundesrechnungshof heftige Kritik an den Plänen des BMEL. In seinem Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beanstandete er unter anderem, dass keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt worden seien. Es fehle eine Gegenüberstellung der mit der Einführung des Tierwohlkennzeichens verbundenen Kosten und dem erwarteten Nutzen. Der Rechnungshof zog in Zweifel, »dass das BMEL mit einer freiwilligen Kennzeichnung dem Staatsziel Tierschutz entspricht und seinem Ziel, eine »nachhaltige« Verbesserung des Tierwohls zu erreichen, gerecht wird«. Das BMEL argumentierte, das geltende Tierschutzrecht entspräche bereits dem Staatsziel Tierschutz in Artikel 20 a Grundgesetz und ein Kennzeichen könne – unabhängig davon, ob es freiwillig oder verpflichtend sei – niemanden dazu verpflichten, einen höheren als den gesetzlichen Standard einzuhalten. Dies könne ausschließlich durch die Anhebung des tierschutzrechtlichen Mindeststandards erfolgen. Daraus schloss der Bundesrechnungshof, »dass lediglich eine Erhöhung des gesetzlichen Mindeststandards zu einer nachhaltigen Verbesserung des Tierwohls führen würde« und stellte zusammenfassend fest, »dass es für die Ziele, die das BMEL mit dem Tierwohlkennzeichen erreichen möchte, alternative und wirkungsvollere und möglicherweise wirtschaftlichere Handlungsoptionen gibt«. Die Einführung eines staatlichen Tierwohlkennzeichens solle erst dann fortgeführt werden, wenn das BMEL die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung unter Beachtung der Hinweise des Bundesrechnungshofes durchgeführt habe.

**Harte Kritik des  
Bundesrechnungshof**

Damit waren die Pläne des BMEL, hierzulande ein lediglich freiwilliges Tierwohlkennzeichen einzuführen, endgültig gescheitert.<sup>29</sup> Die Hoffnungen richten sich nun auf die neue Bundesregierung – und auf Europa. Erfreulicherweise hat der EU-Agrarministerrat die Kommission bereits beauftragt, einen Vorschlag zur konkreten Ausgestaltung einer europäischen Tierschutzkennzeichnung vorzulegen.<sup>30</sup> Eine europäische Kennzeichnung zu entwickeln, ist jedoch ein langwieriger Prozess. Die Bundesregierung sollte das Thema daher wieder aufgreifen und mit einer nationalen Tierschutzkennzeichnung eine Vorreiterrolle übernehmen.

**Freiwilliges  
Tierwohllabel  
gescheitert**

#### *Zukunftskommission Landwirtschaft*

Empfehlungen für eine nachhaltige, ökonomisch tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft zu erarbeiten, war die Aufgabe der von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juli 2020 eingesetzten Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL). Im September 2020 nahmen die 32 (zuletzt 31<sup>31</sup>) persönlich einberufenen Mitglieder der ZKL aus den Bereichen Landwirtschaft, Wirtschaft und Verbraucher, Umwelt und Tierschutz sowie Wissenschaft unter der Leitung von Peter Strohschneider die Arbeit auf und trotz der ursprünglich zum Teil erheblichen Interessensunterschiede verabschiedeten sie am 29. Juni 2021 unter dem Titel *Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe* einstimmig umfangreiche Empfehlungen.<sup>32</sup>

Die nach Auskunft von Teilnehmenden lösungsorientierten und am Interessensausgleich interessierten Diskussionen orientierten sich an einer »Vision zur Zukunft der Landwirtschaft«<sup>33</sup>, die die beiden jüngsten Kommissionsmitglieder, die Vertreterinnen der Landjugend und der BUNDjugend, gemeinsam entwickelt hatten. Wie komplex die Herausforderungen sind und dass sich die Vorschläge nicht mehr innerhalb der laufenden Legislaturperiode werden umsetzen lassen, war den Teilnehmenden klar. Innerhalb von acht bis zehn Jahren sollte die dringend notwendige Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssystems jedoch gelingen.<sup>34</sup> (Zur ZKL siehe auch den Beitrag von Olaf Bandt, Elisabeth Fresen und Thomas Schröder auf den Seiten 52–57 in diesem *Kritischen Agrarbericht*).

Für den Tierschutzbereich schließt die ZKL sich den Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung an. Sie hält weitreichende Umstrukturierungen der Tierhaltung (einschließlich des Tierhaltungsmanagements) für erforderlich. Sie empfiehlt eine Flächenbindung der Tierhaltung unter Berücksichtigung von regionalen, überbetrieblichen Nährstoffmanagementmodellen, eine stärker pflanzlich orientierte Ernährung und weist darauf hin, dass die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte mit einer weiteren Verringerung der Tierbestandszahlen einhergehen werde. Unabdingbar erforderlich seien dabei wirksame Mechanismen zur Sicherung eines auskömmlichen Einkommens für die Tierhalter:innen.<sup>35</sup>

**Verringerung  
der Tierbestände  
erforderlich**



**Breite Zustimmung für  
ZKL-Empfehlungen**

15 Beiräte und Beratungsgremien der Bundesregierung, darunter der Rat für Nachhaltige Entwicklung, forderten im Oktober 2021 in einem Offenen Brief an die Bundesvorsitzenden, Generalsekretäre sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU »eine Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme, die die Kernempfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft aufgreift«. Ihrem Eindruck nach seien weite Teile von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bereit, die anstehenden Transformationen mitzugestalten.<sup>36</sup> Vertreter:innen von Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft, ökologischer Lebensmittelwirtschaft und Verbraucher:innen, die in der ZKL mitgearbeitet haben, setzten sich auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gemeinsam für konkrete Maßnahmen ein, um eine vielfältige und nachhaltige Landwirtschaft in Deutschland zu erreichen.<sup>37</sup>

## **Spezielle Entwicklung bei einzelnen Tierarten**

### *Sauenhaltung*

Im Februar 2021 trat die Siebte Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in Kraft, mit der nach Ablauf einer achtjährigen Übergangsfrist die Fixierung von Sauen im Deckbereich ausgeschlossen wird. Der Umbau der Sauenhaltung im Abferkelbereich – hin zu Bewegungsbuchten mit reduzierter Fixierdauer – soll allerdings erst nach 15 bis 17 Jahren abgeschlossen sein. Die Übergangsfristen sind aus der Sicht des Tierschutzes unnötig lang.<sup>38</sup> Da die Umbauten, die mit den gesetzlichen Vorschriften verbunden sind, viele

### *Miriam Goldschalt*

#### **Schwanzbeißen beim Schwein – Neue Richtlinien beim Tierschutzlabel**

Seit Januar 2021 – dem Inkrafttreten der revidierten Richtlinie Mastschwein<sup>1</sup> – sind in der Einstiegsstufe des Labels »Für Mehr Tierschutz« neben weiteren wichtigen Aspekten auch eine eingestreute Liegefläche, Außenklimakontakt und der unmittelbare Verzicht auf das Schwanzkupieren vorgeschrieben. Zuvor galt eine Übergangsregelung, doch die Erfahrungen haben gezeigt: Trotz deutlich höherer Standards und eines massiven Engagements der Tierhalterinnen und Tierhalter ist eine erfolgreiche Haltung von unkupierten Schweinen in Warmställen nicht möglich. Wenn Schweine keinerlei Kontakt zum Außenklima haben, wenn Temperatur-, optische, akustische und olfaktorische Reize fehlen, ist es langfristig nahezu unmöglich, diese intelligenten Tiere zu halten, ohne dass Schwanzbeißen auftritt.

Die Unversehrtheit von Tieren zu gewährleisten und auf zootechnische Eingriffe wie das Kürzen der Schwänze und Abschleifen der Zähne bei Ferkeln zu verzichten, ist seit Langem eine zentrale Forderung des Tierschutzes. Seit 1994 ist das routinemäßige Kupieren der Schwänze beim Schwein EU-weit verboten. Dennoch werden in Deutschland bis heute nahezu alle Ferkel dieser schmerzhaften Maßnahme unterzogen. Und das, obwohl Schwanzbeißen (Caudophagie – die Verhaltensstörung, die mit diesem Eingriff verhindert werden soll) auch bei kupierten Schweinen auftritt und deren Ursachen gut erforscht und lange bekannt sind.

#### **Schlüsselfaktoren für Schwanzbeißen**

Als Schlüsselfaktoren für die Entstehung des Schwanzbeißens hat die Europäische Kommission<sup>2</sup> im Jahr 2016 Beschäftigungsmaterial, Temperatur, Gesundheit und Fitness, Konkurrenzverhalten sowie Struktur und Sauberkeit der Buchten identifiziert. Verschiedene Studien zeigen, dass zwischen tierbezogenen Aspekten wie Genetik, Aufzucht- und Sozialisierungsbedingungen und dem Auftreten von Schwanzbeißen Zusammenhänge bestehen. Die Form der Haltung hat ebenfalls einen Einfluss auf das Eintreten von Schwanzbeißproblemen.<sup>3</sup> Dass die in Deutschland vorherrschende konventionelle Haltung in Warmställen mit unstrukturierten Vollspaltenbuchten, in denen den Tieren keine Trennung der Funktionsbereiche möglich ist, den Bedürfnissen der Schweine nicht entspricht, ist allgemein anerkannt. In Betrieben mit Vollspaltenbuchten ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Schwanzbeißen kommt, erheblich höher als in Außenklima- und Kaltställen oder in Buchten mit planbefestigten oder teilbefestigten Böden. Ein Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsweise und dem Vorkommen von Schwanzbeißen konnte ebenfalls nachgewiesen werden: Ökologisch wirtschaftende Betriebe schneiden deutlich besser ab als konventionelle.<sup>4</sup>

Mit der Einführung von Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen in der EU (EU RL 91/630/EEC des Rates) hat die EU bereits 1991 nicht nur das routine- ▶

Betriebe vor große finanzielle Herausforderungen stellen werden, hat die Bundesregierung das »Bundesprogramm zur Investitionsförderung für den Stallumbau zur Gewährleistung des Tierwohls in der Sauenhaltung« aufgelegt. Mit 300 Millionen Euro sollen Bauvorhaben gefördert werden, die nicht mit einer Vergrößerung des Tierbestandes verbunden und bis Ende 2022 abgeschlossen sind.<sup>39</sup>

### Kükentöten

Dem *Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes – Verbot des Kükentötens* vom 18. Juni 2021 zufolge ist es ab Januar 2022 verboten, die männlichen Küken von Legerassen routinemäßig zu töten, was bisher üblich war. Ab 2024 wird es auch verboten sein, nach dem sechsten Bebrütungstag einen Eingriff an einem Hühnerembryo oder einen Abbruch des Brutvorgangs vorzunehmen, der den Tod des Hühnerembryos verursacht. Bis zum 31. März 2023 muss das BMEL dem zuständigen Fachausschuss des Deutschen Bundestages außerdem über den Stand der Entwicklung von Verfahren und Methoden zur Geschlechtsbestimmung im Hühnerembryo vor dem siebten Bebrütungstag berichten.<sup>40</sup> Hintergrund ist die Tatsache, dass die Branche – zum Teil mit finanzieller Unterstützung durch das BMEL – vor allem auf die Geschlechtsbestimmung im Ei setzt, obwohl ein Schmerzempfinden der Embryonen nach dem sechsten Tag der Bebrütung nicht ausgeschlossen werden kann. Tierschutzorganisationen setzen sich dafür ein, Zweinutzungsrasen zu fördern und die Hochleistungszucht von Legehennen zurückzuführen.<sup>41</sup> Sie kritisieren zudem, dass die Folgen des Gesetzes nicht bedacht wurden. So gibt es weder für die Aufzucht noch für die Schlachtung der »Bruderhähne« gesetzliche Vorgaben.

**Tierschützer  
fordern  
Zweinutzungsrasen**

mäßige Kupieren der Schwänze beim Schwein ab 1994 verboten, sondern auch vorgegeben, dass Maßnahmen zu treffen sind, um Schwanzbeißen zu vermeiden, bevor dieser Eingriff vorgenommen wird. Dabei sind die Unterbringung und die Bestandsdichte zu berücksichtigen. Ungeeignete Unterbringungsbedingungen oder Haltungssysteme müssten den Bedürfnissen der Tiere entsprechend umgestaltet werden, anstatt die Schweine – wie in der Regel praktiziert – an die nicht tiergerechten Haltung- und Produktionssysteme anzupassen, indem man ihnen die Schwänze kupiert. Bei einem Audit zur Bewertung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verhütung von Schwanzbeißen und zur Vermeidung des routinemäßigen Kupierens von Schwänzen bei Schweinen, das sie 2018 in Deutschland durchgeführt hat, stellte die EU-Kommission jedoch fest, dass hierzulande noch immer 98,5 bis 100 Prozent der Schweine kupiert werden.<sup>5</sup> Damit ist eine routinemäßige und flächendeckende Durchführung dieser Manipulation belegt.

Es ist auch nicht damit zu rechnen, dass das routinemäßige Kupieren in Deutschland auf Basis des 2019 in Kraft getretenen »Aktionsplans zur Verbesserung der Kontrollen zur Verhütung von Schwanzbeißen und zur Reduzierung des Schwanzkupierens bei Schweinen«<sup>6</sup> beendet wird. Erste Erfahrungen mit der Umsetzung dieses Aktionsplans führten bei vielen Veterinärämtern bereits 2020 zu großer Ernüchterung. Und selbst dann, wenn der Plan vollständig eingehalten würde, wäre die EU-Richtlinie damit nicht korrekt umgesetzt. Die festgelegten Maßnahmen reichen nicht aus, um den Verzicht auf das routinemäßige Schwanzkupieren durchzusetzen.

### Label »Für Mehr Tierschutz« – Ziele und Erfahrungen

Das Tierschutzlabel »Für Mehr Tierschutz« ist mit der Einstiegs- und Premiumstufe neue Wege gegangen, um tatsächlich mehr Tierschutz in den Ställen umzusetzen. Dem Deutschen Tierschutzbund war es schon bei der Einführung seines Labels »Für Mehr Tierschutz« wichtig, den Verzicht auf nicht medizinisch relevante Eingriffe bei der Haltung von Mastschweinen vorzuleben. Im Premiumbereich für Mastschweine ist daher seit Gründung des Tierschutzlabels unter anderem die Auslaufhaltung vorgeschrieben und die Haltung schwanzkupierter Tiere verboten. Die Einstiegsstufe lag auch damals bereits mit ihren Anforderungen deutlich über dem gesetzlichen Standard. Ein Außenkontaktkontakt war zunächst allerdings nicht vorgeschrieben. Möglichst viele Landwirte sollten den Weg zu mehr Tierschutz beschreiten können, so viele Tiere wie möglich von verbesserten Haltungsbedingungen profitieren und es galt, einen breiten Marktzugang zu erreichen. Das Ziel war es, in herkömmlichen Haltungssystemen eine artgemäßere Haltungsumwelt zu schaffen und damit einem Schwanzbeißgeschehen vorzubeugen. Die Vorgaben orientierten sich an den oben genannten, von der EU-Kommission ermittelten Schlüsselfaktoren. Es gab höhere Platzanforderungen, den Schweinen musste die Ausgestaltung von Funktionsbereichen ermöglicht und tiergerechtes Beschäftigungsmaterial angeboten werden. Testweise mussten die Landwirte den Tieren zur Verbesserung des Liegekomforts einen planbefestigten, zumindest minimal eingestreuten oder mit Matten ausgestatteten Liegebereich anbieten. Für das Schwanzkupieren galt eine Übergangsfrist. ▶

## Tiertransporte

Tiertransporte aus Deutschland in Drittländer, in denen die tiergerechte Versorgung nicht gewährleistet wird, finden nach wie vor statt. Verwaltungsgerichte haben es den Bundesländern immer wieder untersagt, sie per Erlass zu verhindern.<sup>42</sup> Vor diesem Hintergrund forderte der Bundesrat die Bundesregierung im Februar 2021 dazu auf, zu prüfen, ob es möglich sei, auf Grundlage des § 12 Tierschutzgesetz (TierSchG), Transporte in bestimmte Drittländer zu verbieten. Die Regierung solle sich bei den anstehenden Verhandlungen zur Überarbeitung der EU-Richtlinie zum Transport von Tieren (Verordnung 1/2005/EG) auch für eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes einsetzen.<sup>43</sup>

**EU-Bestimmungen werden nicht eingehalten**

Dass die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Bestimmungen zum Transport von Tieren innerhalb der EU und in Drittstaaten unzureichend sind, dokumentieren Tierschützer:innen seit Jahren. Dies geht auch aus einem aktuellen Bericht hervor, den Jacques Lecarte und Francois Negre im September 2021 für den ANIT-Untersuchungsausschuss erstellt haben.<sup>44</sup> Der ANIT-Ausschuss, den das Europäische Parlament Ende 2020 eingerichtet hatte, führte 2021 öffentliche Anhörungen durch, um bis Ende des Jahres den Handlungsbedarf zu ermitteln. Wie dramatisch die Situation ist, zeigten drastische Vorfälle im März 2021. Zwei Frachter, die in Spanien Rinder geladen hatten, durften wegen des Verdachtes auf Blauzungenkrankheit wochenlang nirgends anlegen – die *Karim Allah* hatte 860 Rinder, die *ElBeik* rund 1.700 Rinder an Bord.<sup>45</sup> Ende März 2021, als der Suezkanal eine Woche lang durch das Containerschiff *Ever Given* blockiert war, steckten elf rumänische Frachter mit insgesamt 130.000 Schafen an Bord im Stau.<sup>46</sup>

Den Kupierverzicht mussten die Betriebe der Einstiegsstufe gruppenweise testen und dabei zeigte sich: Trotz aller Bemühungen konnten die Tierhalter:innen nicht auf das Kupieren verzichten, ohne Verletzungen zu riskieren. Aufgrund dieser praktischen Erfahrungen wurden die Anforderungen für die Einstiegsstufe des Tierschutzlabels angehoben.

### Forderungen an den Gesetzgeber

Um EU-Recht einzuhalten, muss Deutschland endlich drastischere Schritte wagen. Als ersten Schritt einen Baustopp für Warmställe. Tierschutzwidrige und nicht zukunftsfähige Stallsysteme dürfen nicht mehr genehmigt werden. Gleichzeitig muss die Genehmigung für tiergerechte Haltungssysteme vereinfacht und beschleunigt werden und staatliche Fördergelder dürfen nur noch für diese Stallsysteme ausbezahlt werden. Aus Tierschutzsicht ist außerdem zu fordern, dass verpflichtender Außenklimakontakt gesetzlicher Mindeststandard wird. Den Systemwechsel hin zu einer tier- und verhaltensgerechten Schweinehaltung muss die Bundesregierung ohne weitere Verzögerungen umgehend einläuten.

### Anmerkungen

- 1 Nähere Infos unter [www.tierschutzlabel.info/richtlinien/](http://www.tierschutzlabel.info/richtlinien/).
- 2 Empfehlung (EU) 2016/336 der Kommission vom 8. März 2016 zur Anwendung der Richtlinie 2008/120/EG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen im Hinblick auf die Verringerung der Notwendigkeit, den Schwanz zu kupieren ([www.tmasgff.de/fileadmin/user\\_upload/Veterinaerwesen/Dateien/Landesspezifische\\_Regelungen/Schwaenzekupieren\\_Schweine/Anlage4\\_Empfehlung-EU.pdf](http://www.tmasgff.de/fileadmin/user_upload/Veterinaerwesen/Dateien/Landesspezifische_Regelungen/Schwaenzekupieren_Schweine/Anlage4_Empfehlung-EU.pdf)).

- 3 H. Schrade: Zukünftige Haltungsformen in der Schweinehaltung. Präsentation Forum »Landwirtschaft in Verantwortung- Nachhaltigkeit in der Tierhaltung«, 11. April 2018, Eichhof (<https://docplayer.org/109897749-Zukuenftige-haltungsformen-in-der-schweinehaltung.html>). – Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung und Bundesinformationszentrum Landwirtschaft: Gesamtbetriebliches Haltungskonzept Schwein – Mastschweine. Bonn 2019 ([file:///Users/ms/Downloads/1007\\_1741\\_web.pdf](file:///Users/ms/Downloads/1007_1741_web.pdf)). – Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung, Gutachten. Berlin 2015 ([www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?jsessionid=3A110495E67538CoFACCE690CDD8B54D3.live842?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?jsessionid=3A110495E67538CoFACCE690CDD8B54D3.live842?__blob=publicationFile&v=2)).
- 4 A. Bergschmidt: Tierwohlmaßnahme des Pfeil-Programm 2014 bis 2020. Besonders tiergerechte Haltung von Mastschweinen »Ringelschwanzprämie« (T2). Braunschweig 2019 ([https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dno60830.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dno60830.pdf)).
- 5 Europäische Kommission – Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Bewertung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verhinderung von Schwanzbeißen und zur Vermeidung des routinemäßigen Kupierens von Schwänzen bei Schweinen (DG(SANTE)/2018-6445).
- 6 Nähere Infos unter [www.ringelschwanz.info/services/files/aktionsplan-kupierverzicht/Aktionsplan%20Kupierverzicht%20DE%20%28August%202018%29.pdf](http://www.ringelschwanz.info/services/files/aktionsplan-kupierverzicht/Aktionsplan%20Kupierverzicht%20DE%20%28August%202018%29.pdf) (Stand: August 2018).



**Dr. Miriam Goldschalt**

Tierärztin, Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

[miriam.goldschalt@tierschutzakademie.de](mailto:miriam.goldschalt@tierschutzakademie.de)



## Tierschutz im Handel

Lange bevor das Gesetz zum Verbot des Kükentötens beschlossen war, warben verschiedene Handelsketten bereits damit, dass sie das Töten männlicher Küken aus der Legehennenzucht nicht länger unterstützen. Mit unterschiedlichen Programmen gaben sie den Konsument:innen die Möglichkeit, entsprechende Alternativen zu wählen. REWE kündigte im Januar 2021 an, Frischeier aus Bodenhaltung der Eigenmarke ja! bis Ende 2021 auf »Kükentöten-freie Lieferketten« umzustellen. Das Bruderhahn-Projekt »Spitz&Bube«, bei dem männliche Küken aus Hochleistungszucht bis zur Schlachtreife aufgezogen und zu Hühnerfrikassee verarbeitet werden, läuft seit 2016. 2018 kamen respeggt-Freiland-Eier hinzu – aus einem Programm, bei dem Eier, die am zehnten Tag der Bebrütung bei einer spektroskopischen Geschlechtsbestimmung als männlich erkannt werden, aussortiert werden.<sup>47</sup> ALDI Nord und ALDI Süd hatten sich das Ziel gesetzt, bis spätestens 2022 das gesamte Hühnereier-Sortiment umzustellen. Im November 2021 meldeten sie, das gesamte Schaleneier-Sortiment bei ALDI werde bereits zum Jahresende aus Hühnereiern bestehen, für die keine männlichen Küken getötet worden sind.<sup>48</sup> Der EDEKA-Verband geht mit seiner *Initiative Lebenswert* noch weiter. Er unterstützt neben der Junghahnaufzucht und der Geschlechterfrüherkennung im Hühnerei auch die Förderung von Zweinutzungsrassen, die für Eier- und Fleischproduktion gleichermaßen geeignet sind, sowie die Weiterentwicklung pflanzlicher Ei-Alternativen.<sup>49</sup> Zusätzlich beziehen EDEKA und Netto Marken-Discount – nach eigener Auskunft als einzige bundesweit vertretene Lebensmitteleinzelhändler – die frischen Eier ihrer Eigenmarken ausschließlich aus Deutschland.<sup>50</sup> Damit verhindern sie, dass das nationale Verbot des Kükentötens durch Import von Eiern aus dem Ausland unterlaufen wird.

**Eier »Ohne Kükentöten«  
im Programm**

So erfreulich das Engagement des Handels in punkto Kükentöten auch ist – aus Gründen des Tierschutzes sollte die Hochleistungszucht von Legehennen beendet und der Konsum von Eiern generell reduziert werden. Das ist nicht der Fall, wenn die Eier hochgezüchteter Legehennen nach einer Geschlechtsbestimmung vernichtet werden. Abgesehen davon kommen die aktuellen Methoden zur Geschlechtsbestimmung im Ei erst nach dem siebten Bebrütungstag zum Einsatz – zu einem Zeitpunkt, an dem ein Schmerzempfinden der Embryonen nicht sicher auszuschließen ist. Der Deutsche Tierschutzbund hatte sich daher unter anderem in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestags zu dem Gesetzentwurf zum Verbot des Kükentötens dafür eingesetzt, sowohl das Töten der männlichen Küken als auch die Tötung von Embryonen in Bruteiern ab dem siebten Bebrütungstag ausnahmslos zu verbieten.<sup>51</sup>

**Hochleistungszucht  
noch nicht beendet**

Für Konsument:innen ist die Situation derzeit unübersichtlich. Dass in einer Produktionslinie schmerzempfindliche Embryonen getötet wurden, ist auch dann nicht ausgeschlossen, wenn der Eierkarton die Aufschrift »Ohne Kükentöten« trägt. Die Mehrheit der Verbraucher lehnt das Kükentöten ab. Doch obwohl 73 Prozent der Befragten sich – einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zufolge – die Angabe der Methode zur Vermeidung des Tötens männlicher Küken auf dem Eierkarton oder sogar eine Erläuterung »zum Verfahren der Geschlechterbestimmung im Ei oder zur Aufzucht und Verwendung der »Bruderhähne« wünschen, können viele die Informationen auf Eierkartons nicht richtig einordnen. 46 Prozent der Befragten nahmen an, mit der Aufschrift »Ohne Kükentöten« sei eine Bruderhahnmast gemeint – was nicht der Fall war. Die Verbraucherzentralen fordern daher, die Hersteller sollten die Angaben auf den Eierpackungen eindeutig und einheitlich gestalten.<sup>52</sup>

**Mehr Transparenz  
bei Kennzeichnung  
gefordert**

### *Tiergerechtere Fleischerzeugung – der Handel geht voran*

Während die Politik sich scheut, die gesetzlichen Vorgaben für die Tierhaltung anzuheben, schaffen Handelsunternehmen Fakten, indem sie Produkte auslisten, die mit dem Tierschutz und den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht länger vereinbar sind. 2019 hatten die führenden Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) für Produkte aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung die vierstufige Haltungsform-Kennzeichnung im Markt eingeführt. Im März 2021 vereinbarten sie in Gesprächen mit dem Deutschen Tierschutzbund, den Anteil der Geflügelfleischprodukte aus besseren Haltungen (Stufe 3 und 4) in den nächsten zwei Jahren zu verdoppeln und bis Ende 2026 rund 20 Prozent oder mehr ihrer Angebote entspre-

chend umzustellen. Dies betrifft neben weiteren Standards beispielsweise Produkte aus der Einstiegs- und Premiumstufe des Labels »Für Mehr Tierschutz« des Deutschen Tierschutzbundes und biozertifiziertes Geflügelfleisch.<sup>53</sup>

Ende Juni 2021 gaben ALDI Nord und ALDI Süd darüber hinaus bekannt, sie würden ihr gesamtes Frischfleischsortiment bis 2030 konsequent auf die höheren Tierwohl-Haltungsformen 3 und 4 umstellen. Der Plan umfasse die größten Nutztierarten Rind, Schwein, Hähnchen und Pute – ausgenommen (internationale) Spezialitäten und Tiefkühlartikel. 2021 bereits sollten 15 Prozent des Frischfleischumsatzes aus den Haltungsformen 3 und 4 stammen. In einem gemeinsamen Positionspapier erklärten die beiden ALDIs im Oktober 2021, um mehr Tierwohl in der Breite und eine bessere Ertragssituation der Landwirt:innen zu erreichen, brauche es eine Neuausrichtung der deutschen Agrarpolitik. Aus zahlreichen Gesprächsrunden unter anderem mit Landwirt:innen, Lieferant:innen, Verbänden und NGOs hätten sie sechs begründete Forderungen abgeleitet: zügig einen klaren rechtlichen Rahmen für die Transformation der Landwirtschaft vorlegen, finanzielle Perspektiven für Landwirt:innen schaffen, Baurecht für Tierwohl-Ställe vereinfachen, verpflichtende Haltungskennzeichen voranbringen, Errungenschaften der Initiative Tierwohl fortführen und Ökolandbau fördern.<sup>54</sup>

ALDIs Ankündigungen brachten Bewegung in den Markt. Die REWE Group (REWE und Penny) strebt bis Ende 2030 im gesamten Eigenmarken-Frischfleischsortiment (Schwein, Rind und Geflügel) die Stufen 3 und 4 an.<sup>55</sup> Kaufland bietet seit Anfang Juli 2021 (abgesehen von Innereien und Filet) kein frisches Schweinefleisch mehr an, »das nach gesetzlichem Mindeststandard (Haltungsform Stufe 1) hergestellt wurde«. <sup>56</sup> Lidl kündigte an, nahezu sein gesamtes Schweinefleischsortiment bis Ende 2021 auf die Haltungsformstufe 2 umzustellen.<sup>57</sup> EDEKA (EDEKA und Netto Marken-Discount) gab Ende August bekannt, das Angebot an frischem SB-Schweine- und Geflügelfleisch deutscher Herkunft bis Ende des Jahres 2021 ausschließlich aus höheren Haltungsstufen zu beziehen und auf Haltungsstufe 1 zu verzichten. Der Anteil der Haltungsstufen 3 und 4 werde in den kommenden Jahren weiter

**Gesetzlicher  
Mindeststandard wird  
bei ALDI ausgelistet**

### Fünf Kernforderungen an die neue Bundesregierung – aus Sicht des Tierschutzes

Die neue Bundesregierung muss das Staatsziel Tierschutz ernst nehmen, die im Koalitionsvertrag genannten Tierschutzvorhaben konsequent umsetzen und bei einigen noch nachschärfen. Im Agrarbereich heißt das:

1. *Den Umbau des Agrarsektors in Bezug auf die Tierhaltung zügig voranbringen:* Die Bundesregierung muss die Landwirte beim Umbau der Stallanlagen unterstützen und unter anderem eine verbindliche Tierwohlkennzeichnung einführen, die idealerweise sowohl die Zucht als auch die Tierhaltung, den Transport und die Schlachtung umfasst. Eine zukunftsfähige, gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung in der Landwirtschaft wird es nur mit einem deutlichen Mehr an Tierwohl geben.
2. *Bestehende Lücken in der Tierschutzgesetzgebung schließen:* Unter anderem muss die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) hinsichtlich der Haltung, des Transports und der Schlachtung um bisher fehlende Tierarten, z. B. Rinder und Puten, erweitert werden.



3. *Lebendtiertransporte endgültig verhindern:* Tiertransporte sind immer mit Tierleid verbunden. Um dem Tierschutz umfassend gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung ihre Ankündigung, bessere Regelungen zu schaffen, durch ein Verbot von Tiertransporten ersetzen.
4. *Tierbestandszahlen reduzieren:* Nicht nur im Hinblick auf den Tierschutz, auch aus ökologischen Gründen und aus Gründen des Klimaschutzes müssen alle westlichen Industriestaaten ihre Tierbestände verkleinern. Die Bundesregierung sollte dafür sorgen, dass die Entwicklung der Tierbestände sich an ökologischen Kriterien und der Größe der hierzulande verfügbaren Fläche orientiert.
5. *Eine tierleidfreie Ernährung fördern:* Die Bundesregierung sollte Anreize schaffen, den Konsum von tierischen Produkten wie Fleisch, Milch und Eiern zu drosseln. Sie sollte pflanzliche Alternativen fördern und sich dafür einsetzen, dass alternative Proteinquellen und Fleischersatzprodukte in der EU zugelassen werden.

ausgebaut.<sup>58</sup> Für Landwirt:innen bedeutet dies unter Umständen erhebliche Investitionen, da konventionelle Warmställe in der Schweinehaltung sich nicht umbauen lassen, um den Tieren Kontakt zum Außenklima zu ermöglichen. Diejenigen, die ihre Tiere schon jetzt unter besseren Bedingungen halten, sind hingegen im Vorteil und können mit guten Absatzmöglichkeiten rechnen.

#### *Tierschutzlabel »Für Mehr Tierschutz«*

Die Absichtserklärung des LEH vom März 2021, den Anteil an Geflügelfleisch aus den beiden besten Stufen der Haltungsform (3 und 4) bis 2026 auf 20 Prozent zu steigern, machte sich 2021 bereits bemerkbar. Bisher fanden Geflügelhalter:innen, die nach den Kriterien des Tierschutzlabels<sup>59</sup> arbeiten wollten, häufig keine Absatzmöglichkeiten für ihre tiergerechteren, teureren Produkte. Doch im Laufe des Jahres hat sich das Blatt gewendet. Geflügelhalter:innen, die auf eine bessere Tierhaltung umstellen wollen, haben jetzt die Möglichkeit dazu, denn die Nachfrage des LEH steigt. In der Geschäftsstelle des Deutschen Tierschutzbundes gibt es bereits eine Warteliste, die nach und nach abgearbeitet wird. Die Ankündigungen des LEH, auch bei Schweine- und Rindfleisch auf bessere Haltungsnormen umzusteigen, wird eine ähnliche Sogwirkung haben. Wer seine Tierhaltung umstellen will, braucht Planungssicherheit und die kann ihm der LEH mit klaren Abnahmegarantien und langfristigen Verträgen geben. Der Markt bewegt sich aus Sicht des Tierschutzes in eine gute Richtung.

**Mehr Nachfrage  
»Für Mehr Tierschutz«**

#### **Ausblick**

Die neue Bundesregierung muss Verantwortung übernehmen – für den Schutz der Bevölkerung vor weiteren Zoonosen, für die Einhaltung der Pariser Klimaziele und für die Transformation der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sie muss den Umbau der tierhaltenden Landwirtschaft in die Wege leiten und dessen Finanzierung sicherstellen – aus Gründen des Tierschutzes, aus Umwelt-, Natur- und Klimaschutzgründen und auch, um die Zukunft der Landwirt:innen zu sichern. Die interessensübergreifende Geschlossenheit, mit der die Zukunftskommission Landwirtschaft – geleitet von der gemeinsamen Vision der Jugend – ihre Ergebnisse erarbeitet hat, lässt hoffen. Dieses Momentum muss die Politik nutzen und die Sache in den Mittelpunkt stellen. Die zentrale Botschaft lautet, den Konsum und die Produktion von tierischen Produkten zu senken.

**Geschlossenheit  
lässt hoffen**

Die Tierbestände in den Industriestaaten müssen deutlich verkleinert werden, darüber sind viele sich einig.<sup>60</sup> Indem er die steigende Nachfrage der Jugend nach Alternativen zu Fleisch, Milch und Eiern mit einer ganzen Palette pflanzenbasierter Produkte bedient, hat der deutsche LEH sich darauf bereits eingestellt.

Wissenschaftler:innen denken bereits weiter und junge Unternehmen setzen ihre Zukunftsideen in die Tat um. Im Dezember 2020 erhielt das US Startup *Eat Just* als weltweit erstes Unternehmen eine Zulassung für den Verkauf von kultiviertem Fleisch. Zellbasiertes Hühnerfleisch darf in Singapur nun als Zutat für Hähnchen-Nuggets verkauft werden. Längst wird darüber diskutiert, welche Auswirkungen diese Entwicklung für die landwirtschaftliche Tierhaltung haben wird.<sup>61</sup> Der Soziologe, Psychologe und Politikwissenschaftler Oliver Stengel spricht bereits – mit Blick auf die neuen Entwicklungen im Bereich der zellulären Landwirtschaft – vom sich abzeichnenden »Ende der Landwirtschaft«.<sup>62</sup>

**Pflanzenbasierte  
Produkte ...**

Wenn sich im Lebensmittelbereich gar die solarbetriebene mikrobielle Produktion durchsetzt, geraten neben der industriellen Tierhaltung auch Pflanzenzucht und intensiver Ackerbau in die Defensive. Im Oktober 2021 hat die finnische Firma Solar Foods in der Nähe von Helsinki mit dem Bau einer Fabrik begonnen, in der Bakterien ab 2023 mit Hilfe von Wasserstoff, CO<sub>2</sub> aus der Luft und Sonnenenergie in großem Maßstab ein Protein herstellen sollen, das als Nahrungsergänzungsmittel dienen und Fleisch-, Ei- oder Milchprodukte ersetzen könnte. Sie wirbt damit, die Produktionsmethode sei überall auf der Welt einsetzbar.<sup>63</sup> Der Biologe, Autor und Kolumnist des britischen Guardian George Monbiot hält diese Entwicklung für sehr vielversprechend.<sup>64</sup> Die Zeit, in der Milliarden Hühner, Schweine, Rinder, Schafe und Puten in »hochentwickelten« Industriestaaten ihr Leben in tierschutzwidrigen industriellen Haltungssystemen verbringen müssen, könnte bald vorbei sein.

**... und Laborfleisch  
auf dem Vormarsch**

**Anmerkungen**

- 1 Rat für Nachhaltige Entwicklung: Konsequente Weichenstellung für ein nachhaltiges Ernährungssystem tut Not – Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrats für den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung am 8. Juni 2020.
- 2 »Umweltbundesamt: Deutsche sollen Fleischkonsum halbieren.« Meldung in ZEIT online vom 28. März 2021.
- 3 H. Grethe et al.: Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands: Die drei zentralen Handlungsfelder auf dem Weg zur Klimaneutralität. Gutachten für die Stiftung Klimaneutralität. Berlin 2021 ([www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimaneutralitaet\\_Landwirtschaft.pdf](http://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimaneutralitaet_Landwirtschaft.pdf)). Die Stiftung leitete daraus Eckpunkte für eine Klimawende in der Landwirtschaft ab ([www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimawende-in-der-Landwirtschaft\\_1.1.pdf](http://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimawende-in-der-Landwirtschaft_1.1.pdf)).
- 4 BMEL: Ernährungsreport 2021. Berlin 2021.
- 5 »Strafanzeige und Strafantrag wegen Tötung von über 56.000 Tieren ohne vernünftigen Grund in Alt Tellin/Mecklenburg-Vorpommern.« Pressemitteilung des Deutschen Tierschutzbundes vom 26. Mai 2021.
- 6 Weitere Informationen: [www.un.org/en/food-systems-summit](http://www.un.org/en/food-systems-summit). Siehe hierzu auch den Beitrag von Lena Bassermann, Roman Herre und Stig Tanzmann in diesem Kritischen Agrarbericht (S. 111–116).
- 7 Act Now – Towards a net-zero future. The UN campaign for individual action ([www.un.org/en/actnow](http://www.un.org/en/actnow)).
- 8 Eurogroup for Animals: Protecting animals to protect the planet. Brussels 2021 ([www.eurogroupforanimals.org/files/eurogroupforanimals/2021-10/Protecting%20animals%20to%20protect%20the%20planet%20-%20Final.pdf](http://www.eurogroupforanimals.org/files/eurogroupforanimals/2021-10/Protecting%20animals%20to%20protect%20the%20planet%20-%20Final.pdf)).
- 9 »World Federation for Animals: Launch of an exciting new global initiative.« Press release of Eurogroup for Animals dated 5. February 2021 ([www.eurogroupforanimals.org/news/world-federation-animals-launch-exciting-new-global-initiative](http://www.eurogroupforanimals.org/news/world-federation-animals-launch-exciting-new-global-initiative) und [www.wfa.org](http://www.wfa.org)).
- 10 Europäischer Rechnungshof: Gemeinsame Agrarpolitik und Klima: Landwirtschaft erhält Hälfte der Klimaschutzausgaben der EU, aber Emissionen gehen nicht zurück. Sonderbericht 16. Luxembourg 2021 ([www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=58913](http://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=58913)).
- 11 Impulse für eine nachhaltige deutsche und europäische Agrar- und Ernährungspolitik. Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union und deren nationaler Umsetzung vom 2. November 2020.
- 12 »Agrarreform: Jugendorganisationen üben zur Agrarreform weiteren Druck aus.« Meldung in topagrar online 1. Dezember 2020 ([www.topagrar.com/management-und-politik/news/jugendorganisationen-ueben-zur-agrarreform-weiteren-druck-aus-12419416.html?utm\\_campaign=E2%80%A6](http://www.topagrar.com/management-und-politik/news/jugendorganisationen-ueben-zur-agrarreform-weiteren-druck-aus-12419416.html?utm_campaign=E2%80%A6)).
- 13 European Commission: Fitness check of the EU legislation on animal welfare of farmed animals ([https://ec.europa.eu/food/system/files/2020-05/aw\\_fitness-check\\_roadmap.pdf](https://ec.europa.eu/food/system/files/2020-05/aw_fitness-check_roadmap.pdf)).
- 14 Updating animal welfare legislation in the EU – Information from the Belgian, Danish, German, Dutch and Swedish delegations, Brussels, 5 October 2021. European Council 12512/21 AGRI 460 VETER
- 86 ANNEX (<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12512-2021-INIT/en/pdf> und [www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2021/10/11-12/](http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2021/10/11-12/)). Siehe auch den Anhang zum Schreiben der Regierungen Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, der Niederlande und Schwedens an EU-Kommissarin Stella Kyriakides vom 14. September 2021: Position paper on a new EU legislative frame for animal welfare (15. July 2021) (<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12512-2021-INIT/en/pdf>).
- 15 »European Commission announces historic commitment to ban cages for farmed animals.« Press release of Eurogroup for Animals dated 30. June 2021 ([www.eurogroupforanimals.org/news/european-commission-announces-historic-commitment-ban-cages-farmed-animals](http://www.eurogroupforanimals.org/news/european-commission-announces-historic-commitment-ban-cages-farmed-animals)).
- 16 European Parliament Policy Department for Citizens' Rights and Constitutional Affairs, Directorate-General for Internal Policies: End the cage age: Looking for alternatives – Overview of alternatives to cage housing and the impact on animal welfare and other aspects of sustainability. PE 658.539. November 2020.
- 17 Eurogroup for Animals (siehe Anm. 15).
- 18 Wachtelbestände werden nicht zentral erfasst. Laut Mitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gab es allein in diesem Bundesland 2019 etwa 1.342 Wachtelbestände mit etwa 55.000 Tieren. »Bei dem weitaus größeren Teil dürfte es sich hierbei um Rasseflügelzüchter handeln, die ihre Eier nicht kommerziell vermarkten.« ([www.ml.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/wachtelhaltungsbetrieb-erfuellt-tierschutzrechtliche-anforderungen--176243.html](http://www.ml.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/wachtelhaltungsbetrieb-erfuellt-tierschutzrechtliche-anforderungen--176243.html)).
- 19 »The new Animal Health Law: a Toolbox for Powerful Solutions.« Presse release of Eurogroup for Animals dated 21. April 2021 ([www.eurogroupforanimals.org/news/new-animal-health-law-toolbox-powerful-solutions](http://www.eurogroupforanimals.org/news/new-animal-health-law-toolbox-powerful-solutions)).
- 20 FAO, OIE and WHO: SARS-CoV-2 in animals used for fur farming: GLEWS+ risk assessment. 20. January 2021 ([www.fao.org/3/cb3368en/cb3368en.pdf](http://www.fao.org/3/cb3368en/cb3368en.pdf)). – Siehe auch: EFSA Journal: Monitoring of SARS-CoV-2 infection in mustelids. 29. January 2021 ([www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/6459](http://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/6459)).
- 21 Humane Society International Europe: Fur Farming, COVID-19 and Zoonotic Disease Risks, Updated 8th October 2021 ([www.hsi.org/wp-content/uploads/2021/10/White-paper-on-fur-production-and-zoonotic-disease-FINAL-8Oct2021.pdf](http://www.hsi.org/wp-content/uploads/2021/10/White-paper-on-fur-production-and-zoonotic-disease-FINAL-8Oct2021.pdf)).
- 22 »Herkunft von SARS-COV-2 – Drogen: Plausibelste Quelle für Corona ist Pelzindustrie.« In: Frankfurter Rundschau vom 5. Juni 2021 ([www.fr.de/wissen/drogen-plausibelste-quelle-fuer-corona-ist-pelzindustrie-zr-90790247.html](http://www.fr.de/wissen/drogen-plausibelste-quelle-fuer-corona-ist-pelzindustrie-zr-90790247.html)). – Siehe auch World Health Summit Presseportal vom 25. Oktober 2021: COVID-19-Experte Drogen zu Pandemievorsorge: Forschung an Nutztieren und Zwischenwirten ist wichtig - Zweiter Tag des World Health Summit: Impfgerechtigkeit und Strategien für globale Gesundheit.
- 23 Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung. 11. Februar 2020 ([www.bmel.de/Shared-Data/Downloads/DE/\\_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bmel.de/Shared-Data/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=3)).

- 24 Kanzlei Redeker Sellner Dahs für das BMEL nach Beschlüssen des Deutschen Bundestages, der Agrarministerkonferenz der Bundesländer und des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung, im Auftrag der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE): Machbarkeitsstudie zur rechtlichen und förderpolitischen Begleitung einer langfristigen Transformation der deutschen Nutztierhaltung. Berlin/Bonn/Kraainem/Herne 2021.
- 25 Entschließung des Bundesrates: Konzeption einer Finanzierungsstrategie inkl. einer Tierwohl-Abgabe als Teil der Nutztierstrategie des Bundes zum Umbau der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung. 5. März 2021. Bundesrat Drucksache 105/21 (Beschluss) ([www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0101-0200/105-21\(B\).pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0101-0200/105-21(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)).
- 26 C. Deblitz et al.: Politikfolgenabschätzung zu den Vorschlägen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung im März 2021. Thünen Working Paper 173. Braunschweig 2021.
- 27 Entschließung des Bundesrates vom 17. September 2021: Umbau der Nutztierhaltung für mehr Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben. Bundesrat Drucksache 544/21 ([www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0501-0600/544-21\(B\).pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0501-0600/544-21(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)).
- 28 »Tier- und Umweltschutzorganisationen kritisieren Verlauf des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung.« Pressemitteilung des Deutschen Tierschutzbundes vom 26. Mai 2021 ([www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/260521-tier-und-umweltschutzorganisationen-kritisieren-verlauf-des-kompetenznetzwerks-nutztierhaltung](http://www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/260521-tier-und-umweltschutzorganisationen-kritisieren-verlauf-des-kompetenznetzwerks-nutztierhaltung)). – Siehe auch Pro Vieh, Deutscher Tierschutzbund, Deutsche Umwelthilfe, Vier Pfoten: Gemeinsamer Offener Brief an den Vorsitzenden des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung Jochen Borchert, Bundesminister a.D., vom 25. Mai 2021.
- 29 Bundesrechnungshof: Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nach § 88 Abs. 2 BHO zur Entwicklung und Markteinführung eines Tierwohlkennzeichens. Bonn 2021. – Siehe dazu auch: »Klatsche für Klöckner: Staatliches Tierwohlkennzeichen gescheitert.« Kommentar des Deutschen Tierschutzbundes vom 29. März 2021 ([www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/290321-kommentar-klatsche-fuer-kloeckner-staatliches-tierwohlkennzeichen-gescheitert/](http://www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/290321-kommentar-klatsche-fuer-kloeckner-staatliches-tierwohlkennzeichen-gescheitert/)).
- 30 Rat der Europäischen Union: Vermerk 13691/20: Schlussfolgerungen zu einem EU-weiten Tierschutzkennzeichen (<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13691-2020-INIT/de/>). – »Klöckner: Europäisches Bekenntnis zu mehr Tierwohl und mehr Verbraucherorientierung.« Pressemitteilung des BMEL Nr. 256/2020 vom 15. Dezember 2020 ([www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/256-agrarrat-tierwohlkennzeichen.html](http://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/256-agrarrat-tierwohlkennzeichen.html)).
- 31 Greenpeace-Vorstand Martin Kaiser hatte sein Mandat im März 2020 niedergelegt. Er begründete seinen Schritt damit, dass die ZKL nicht das Mandat haben solle, die Bundesregierung auch im Hinblick auf die Verteilung der Agrarsubventionen im Zuge der Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) politisch zu beraten (Interview mit Martin Kaiser: Weckruf gegen Ignoranz, [www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/weckruf-gegen-ignoranz](http://www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/weckruf-gegen-ignoranz)).
- 32 Zukunftskommission Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Berlin 2021 ([www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf)). – »Nachhaltigkeit zahlt sich für alle aus – Umbau des Agrar- und Ernährungssystems als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.« Pressemeldung der Zukunftskommission Landwirtschaft vom 29. Juni 2021.
- 33 Gemeinsame Vision zur Zukunft der Landwirtschaft von BUNDJugend und Bund der Deutschen Landjugend ([www.landjugend.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Positionen/2021\\_Zukunftsbild\\_BUNDjugend-BDL.PDF](http://www.landjugend.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Positionen/2021_Zukunftsbild_BUNDjugend-BDL.PDF)).
- 34 Siehe dazu auch die Kommentierung auf der Website der Universität Göttingen: »Dialogprozesse lohnen sich. Zum Ergebnis der Zukunftskommission Landwirtschaft aus Sicht der beteiligten Wissenschaftler:innen.« Gemeinsame Pressemitteilung zur Verabschiedung des Abschlussberichtes der Zukunftskommission Landwirtschaft durch die in der Kommission mitwirkenden Wissenschaftler:innen vom 30. Juni 2021 ([www.uni-goettingen.de/de/document/download/7f86851f66ff9ac67d3f9d1308581bb6.pdf/30.06.2021\\_PM%20Wissenschaftlerinnen%20Dialogprozesse%20lohlen%20sich.pdf](http://www.uni-goettingen.de/de/document/download/7f86851f66ff9ac67d3f9d1308581bb6.pdf/30.06.2021_PM%20Wissenschaftlerinnen%20Dialogprozesse%20lohlen%20sich.pdf)).
- 35 Im Einzelnen hält die ZKL zur Verbesserung des Tierwohls unter anderem Folgendes für nötig: Die Einführung von Tierschutz-Prüf- und Zulassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Stallbausysteme und Schlachteinrichtungen; die konsequente Beendigung nicht kurativer Eingriffe; die Konkretisierung und Durchsetzung des Verbotes der Zucht, die zu Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den Nachkommen führt (§ 11b Tierschutzgesetz); die Formulierung gesetzlicher Vorgaben für eine tierwohlgerechte Schlachtung und Durchsetzung bereits gültiger gesetzlicher Regeln; die Förderung und gesetzliche Regulierung tierschonender Produktions- und Schlachtverfahren und die Entwicklung und Umsetzung von Verfahren oder Produktionsketten, die den Transport lebender Tiere, insbesondere sehr junger Tiere, verringern oder überflüssig machen. Die Unterbindung von Tiertransporten aus Deutschland und der EU in Drittstaaten sei grundsätzlich anzustreben, um die Einhaltung der europarechtlichen Tierschutzstandards sicherzustellen. Siehe: Zukunftskommission Landwirtschaft: Abschlussbericht »Zukunft Landwirtschaft«. Berlin 2021, S. 110 f.
- 36 Rat für Nachhaltige Entwicklung: Offener Brief: Den Weg in eine nachhaltige Zukunft frei machen ([www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/offener-brief-den-weg-in-eine-nachhaltige-zukunft-freimachen/](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/offener-brief-den-weg-in-eine-nachhaltige-zukunft-freimachen/)).
- 37 Gemeinsames Schreiben von AbL, BÖLW, BUND, DNR, Deutscher Tierschutzbund, NABU, Verbraucherzentrale Bundesverband und WWF an die Mitglieder der AG Landwirtschaft und Ernährung der Ampel-Koalitionsverhandlungen vom 2. November 2021: Maßnahmen für eine vielfältige und nachhaltige Landwirtschaft.
- 38 Siehe dazu auch den Beitrag von M. Goldschalt: Die Sau rauslassen. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 282 ff.



- 39 Koordiniert wird das »Bundesprogramm zur Investitionsförderung für den Stallumbau zur Gewährleistung des Tierwohls in der Sauenhaltung« von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) ([www.ble.de/DE/Projektfoerderung/Foerderungen-Auftraege/Bundesprogramm\\_Stallumbau/Stallumbau\\_node.html](http://www.ble.de/DE/Projektfoerderung/Foerderungen-Auftraege/Bundesprogramm_Stallumbau/Stallumbau_node.html)).
- 40 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2021 Teil I Nr. 34, ausgegeben zu Bonn am 25. Juni 2021.
- 41 Siehe dazu unter anderem H. Betz: Verpasste Chancen – Verlorenes Vertrauen. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 256 f. Und dies.: Das Wissen ist da – die Politik muss handeln. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 250 f.
- 42 Siehe beispielsweise Westfalen-Blatt Nr. 147 vom 28. Juni 2021: »Tiertransporte: NRW scheidet mit Plan eines Exportverbots«.
- 43 Entschließung des Bundesrates zum Verbot einer Beförderung von Tieren in bestimmte Drittstaaten vom 12. Februar 2021. Drucksache 75/20.
- 44 European Parliament Policy Department for Structural and Cohesion Policies Directorate-General for Internal Policies: Patterns of livestock transport in the EU and to third countries: Protection of animals during transport. PE 690.894. Brussels 2021.
- 45 »Irrfahrt auf dem Mittelmeer.« Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 3. März 2021 ([www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-rinder-irrfahrt-mittelmeer-blauzungenkrankheit-1.5222688](http://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-rinder-irrfahrt-mittelmeer-blauzungenkrankheit-1.5222688)). Siehe auch: »Rindertötung auf Schiff in Spanien: Streit um die Tötung der 900 Rinder in Spanien – keine Blauzunge?« Meldung in agrarheute vom 5. März 2021 ([www.agrarheute.com/management/recht/streit-um-toetung-900-rinder-spanien-keine-blauzunge-578843](http://www.agrarheute.com/management/recht/streit-um-toetung-900-rinder-spanien-keine-blauzunge-578843)).
- 46 »Tierschützer fürchten Tod von 130.000 Schafen auf rumänischen Frachtern.« Meldung in Der Tagesspiegel vom 28. März 2021 ([www.tagesspiegel.de/wirtschaft/stau-im-suezkanal-durch-ever-given-tierschuetzer-fuerchten-tod-von-130-000-schafen-auf-rumaenischen-frachtern/27046908.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/stau-im-suezkanal-durch-ever-given-tierschuetzer-fuerchten-tod-von-130-000-schafen-auf-rumaenischen-frachtern/27046908.html)).
- 47 »Ausstieg aus dem Kükentöten – In 2021 stellt REWE alle frischen Eier der Eigenmarken auf tierwohlfreundliche Praxis um.« Meldung REWE Media Center vom 10. Februar 2021.
- 48 ALDI Nord: Wir schaffen das Kükentöten ab ([www.aldi-nord.de/unternehmen/verantwortung/lieferkette-food/tierwohl-bei-aldi-nord/ohne-kuekentoeten.html](http://www.aldi-nord.de/unternehmen/verantwortung/lieferkette-food/tierwohl-bei-aldi-nord/ohne-kuekentoeten.html)). – »100 Prozent geschafft: Alle Schaleneier bei ALDI »ohne Kükentöten.«« Pressemitteilung von ALDI Süd vom 2. November 2021 ([www.aldi-sued.de/de/nachhaltigkeit/lieferkette/produktionsstandards/tierwohl/ohne-kuekentoeten.html](http://www.aldi-sued.de/de/nachhaltigkeit/lieferkette/produktionsstandards/tierwohl/ohne-kuekentoeten.html)).
- 49 Nähere Infos unter: [www.initiative-lebenswert.de](http://www.initiative-lebenswert.de).
- 50 »EDEKA-Verband stärkt Kükenschutz mit »Initiative Lebenswert.«« Pressemitteilung der EDEKA ZENTRALE Stiftung & Co vom 25. Mai 2021.
- 51 Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft am Montag, 3. Mai 2021: Expertenurteile zum geplanten Verbot des Kükentötens ([www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw18-pa-landwirtschaft-kuekentoeten-836188](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw18-pa-landwirtschaft-kuekentoeten-836188)).
- 52 »Verbraucher lehnen Kükentöten ab und wünschen sich klare Informationen.« Pressemeldung Verbraucherzentrale Bundesverband vom 18. März 2021 ([www.verbraucherzentrale.de/aktuelle-meldungen/lebensmittel/verbraucher-lehnen-kuekentoeten-ab-und-wuenschen-sich-klare-informationen-58214](http://www.verbraucherzentrale.de/aktuelle-meldungen/lebensmittel/verbraucher-lehnen-kuekentoeten-ab-und-wuenschen-sich-klare-informationen-58214)).
- 53 »LEH und Deutscher Tierschutzbund: Stärkung einer tiergerechteren Geflügelfleischerzeugung.« Pressemeldung des Deutschen Tierschutzbundes vom 8. März 2021 ([www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/080321-leh-und-deutscher-tierschutzbund-staerkung-einer-tiergerechteren-gefluegelfleischerzeugung/](http://www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/080321-leh-und-deutscher-tierschutzbund-staerkung-einer-tiergerechteren-gefluegelfleischerzeugung/)).
- 54 ALDI Nord und ALDI Süd: Positionspapier zum Haltungswechsel vom Oktober 2021.
- 55 REWE: Haltungsformen bei Frischfleisch ([www.mediacenter.rewe.de/themen/haltungsformen-bei-frischfleisch](http://www.mediacenter.rewe.de/themen/haltungsformen-bei-frischfleisch)).
- 56 »Vollständiger Verzicht auf Haltungsform 1 bei Schwein und Geflügel – Haltungsform 3 bereits 2019 bundesweit eingeführt.« Pressemitteilung von Kaufland vom 1. Juli 2021 (<https://unternehmen.kaufland.de/presse/pressemittelungen/pressemittelungen-detail.y=2021.m=07.n=verzicht-haltungsform-eins.html>).
- 57 »Lidl stellt Schweinefleisch auf Haltungsstufe 2 um.« Pressemitteilung von Lidl vom 1. Juli 2021 ([https://unternehmen.lidl.de/pressreleases/2021/210701\\_schweinefleisch-haltungsstufe-2](https://unternehmen.lidl.de/pressreleases/2021/210701_schweinefleisch-haltungsstufe-2)).
- 58 »EDEKA-Verband baut Tierwohl-Sortiment aus.« Pressemitteilung von EDEKA vom 31. August 2021 (<https://verbund.edeka/presse/pressemeldungen/edeka-verbund-baut-tierwohl-sortiment-aus.html>).
- 59 Nähere Infos unter [www.tierschutzlabel.info](http://www.tierschutzlabel.info).
- 60 Auch dem »Zielbild für die Landwirtschaft 2049« zufolge, das die Deutsche Agrarforschungsallianz (DAFA) entwickelt hat, wird es wesentlich weniger Nutztiere in Deutschland geben. Nachhaltigkeit wird demnach 2049 das vorrangige Ziel der Gesellschaft und Tierwohl der Nachhaltigkeit gleichgestellt sein. Tiere würden unter Berücksichtigung von Tierwohl und Umweltstandards sowie aufgrund einer gesetzlichen Flächenbindung an die Pflanzenproduktion fast überall in Deutschland gehalten. Zurzeit diskutieren die Wissenschaftler:innen noch darüber, welche Transformationspfade zum Ziel führen könnten ([www.dafa.de/wp-content/uploads/Lesefassung-Zielbild-2049.pdf](http://www.dafa.de/wp-content/uploads/Lesefassung-Zielbild-2049.pdf)).
- 61 Siehe dazu auch: Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft vom 29. Juni 2021: Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
- 62 Oliver Stengel: Vom Ende der Landwirtschaft. Wie wir die Menschheit ernähren und die Wildnis zurückkehren lassen. Plädoyer für eine Postlandwirtschaftliche Revolution. München 2021.
- 63 Nähere Infos unter [www.solarfoods.fi](http://www.solarfoods.fi).
- 64 G. Monbiot: Saving our bacon. 10. January 2020 ([www.monbiot.com/2020/01/10/saving-our-bacon/](http://www.monbiot.com/2020/01/10/saving-our-bacon/)).



**Dr. Heidrun Betz**  
Biologin, Redakteurin beim  
Deutschen Tierschutzbund e.V.

[betz@tierschutzbund.de](mailto:betz@tierschutzbund.de)  
[www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

Anita Idel

## Impfen statt Keulen – für den Tier- und Artenschutz

Köderimpfstoffe für Wildschweine gegen die Afrikanische Schweinepest – statt Aufstallungsgebote und weitere hunderte Kilometer Zaun

Nach dem Ausbruch in Georgien 2007 erreichte die Afrikanische Schweinepest (ASP) 2011 die Ukraine und breitete sich weiter aus Richtung Westeuropa ebenso wie später nach Südostasien. Bis zum ersten Fall im September 2020 galten Ausbrüche der ASP bei Wildschweinen in Deutschland bereits seit über zehn Jahren als »nur eine Frage der Zeit«. Und internationale Experten der Schweinebranche postulierten, dass die ASP sich dann aufgrund der hier hohen Wildschweindichte endemisch ausbreiten würde.

Die Erfahrung bestätigt das und zeigt zudem die Gefahr sprunghafter Ausbreitung: Die ASP kann über den direkten Kontakt durch Wildschweine hinaus *jederzeit* durch privaten oder beruflichen Verkehr und Handel *überallhin springen* und so anderswo in örtliche Wildschweinpopulationen eingetragen werden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Ausbruch im Oktober 2021 in Sachsen.<sup>1</sup>

Wie die Klassische/Europäische Schweinepest (KSP/ESP) befällt die ASP nur Schweine, während deren virale Erreger im Magen-Darm-Trakt anderer Lebewesen (einschließlich des Menschen) unschädlich verdaut werden. Studien belegen zudem, dass Aas überwiegend vor Ort gefressen und nur wenig verschleppt wird.

Lange galt die ASP als hoch kontagiös (ansteckend), aber empfänglich sind vorrangig geschwächte Schweine und Kümmerer. Sie infizieren sich überwiegend durch direkten Kontakt mit Körperflüssigkeiten oder wenn sie Fleisch-/Wurstwaren infizierter Schweine fressen. Deshalb können achtlos weggeworfene Wurstbrote tatsächlich eine Rolle bei der Ausbreitung der Seuche spielen.

Seit 2011 veröffentlicht das Friedrich-Loeffler-Institut als das für die ASP zuständige nationale Referenzlabor Risikobewertungen, denen jeweils differenzierte Fragestellungen und Antworten zugrunde liegen. Aber da das Risiko für die exportorientierte deutsche Schweinefleischwirtschaft nicht gleich null ist, wird es in allen Fällen völlig unabhängig vom vorausgegangenen Differenzierungsgrad mit *hoch* bewertet: »Die Konsequenzen wären äußerst schwerwiegend, da Schweine großräumig getötet werden müssten und insbesondere durch die Einrichtung von Restriktionszonen massive wirtschaftliche Folgen zu erwarten sind (sowohl bzgl. Handel als auch zusätzlicher Tötungen von Tieren aus Tierschutzgründen und fehlender wirtschaftlicher Verwertbarkeit).«<sup>2</sup>

In keiner der Risikobewertungen wird die Setzung hinterfragt, wonach es wegen »fehlender wirtschaftlicher Verwertbarkeit« – über die infizierten Tiere in den

betroffenen Betrieben in den Restriktionsgebieten und in Kontaktbeständen hinaus – zur Tötung zusätzlicher Tiere kommen müsste. Die ökonomischen Risiken und die Tierschutzrelevanz im Rahmen der für die Exportstrategie erforderlichen Überschussproduktion bleiben gänzlich ausgeklammert.

### Impfen in Deutschland bislang kaum »Thema«

Ebenfalls nicht hinterfragt wird, dass Impfungen gegen die ASP (ebenso wie gegen die ESP) verboten sind: »Prophylactic vaccination and other treatments are still not available but would be strictly prohibited in the EU and other countries.«<sup>3</sup>

Über Jahrzehnte hielt die ESP die Länder mit intensiver Schweineproduktion in Atem. Als angehende Tierärzt:innen lernten wir in Westdeutschland im Studium in den 1980er-Jahren, einen Impfstoff könne man dagegen nicht entwickeln. Was wir nicht lernten: Bereits bevor die WTO ihre Arbeit aufnahm, womit insbesondere die USA massiv den Ausschluss von »Handelshemmnissen« forcierten, drängten diese zu ihrem eigenen Schutz via OIE (die Weltorganisation für Tiergesundheit: Office International des Epizooties) darauf, ein höchst wirksames Handelshemmnis zu implementieren: nämlich das Verbot, auf dem Weltmarkt Fleisch von Tieren zu handeln, die gegen die ESP oder die Maul- und Klauenseuche geimpft worden waren – Krankheiten, die auf dem nordamerikanischen Kontinent nicht vorkamen. Ausbrüche führten in den folgenden Jahren in Deutschland, Belgien, den Niederlanden dazu, dass Millionen Schweine gekeult wurden – infizierte Tiere, aber auch wegen »fehlender wirtschaftlicher Verwertbarkeit«, das nannte man damals »Marktberreinigung«.<sup>4</sup>

Bisher enthielt keine der Risikobewertungen des Friedrich-Loeffler-Instituts Informationen über den Stand der Entwicklung der ASP-Impfstoffe, sondern lediglich Satzbausteine wie »Ein Impfstoff ist nicht verfügbar«. Ein Land verliert seinen Status »ASP-frei« nicht nur durch Impfungen, sondern auch, wenn die ASP in einem Betrieb mit Hausschweinen ausbricht. Die landesweite Sperrung von Schweinen und Schweineprodukten für den Weltmarkt erfolgt dann unmittelbar durch die OIE.<sup>5</sup> Im November 2021 bestätigte Mecklenburg-Vorpommern, wo bis dahin keine Ausbrüche bei Wildschweinen bekannt waren, einen mit ASP infizierten Hausschweinbestand.

China, das größte Drittland für deutsches Schweinefleisch, hatte den Import bereits nach dem ersten ►

bestätigten ASP-Ausbruch in Deutschland bei Wildschweinen (September 2020) gesperrt. Seitdem erfolgte der Export via Spanien, das nun seinerseits verstärkt auf den Weltmarkt exportiert(e). Diese Exportschiene war somit bereits etabliert, als ASP in Deutschland erstmals bei Hausschweinen ausbrach (Brandenburg, Juli 2021) und die OIE Deutschland für den Welt(Schweine-)markt sperrte.

Die exportorientierten Betriebe leiden unter dem globalen Preisverfall. Aber ausgerechnet den überhaupt nicht auf den Weltmarkt orientierten Betrieben mit Auslauf- oder Freilandhaltung droht durch Aufstallungsgebote das Aus. Obwohl solche Betriebe in Deutschland nach der Schweinehaltungshygieneverordnung alle über einen Doppelzaun verfügen und die Forschung seit Beginn der Ausbreitung 2007 keinen einzigen Nachweis dafür hergibt, wird für sie ein höheres Eintragsrisiko für die ASP postuliert.<sup>6</sup> Ob Borchert-Kommission oder Zukunftskommission Landwirtschaft – der gesellschaftlich gewollte notwendige Umbau der Tierhaltung (er-)fordert genau das: Ställe mit Zugang zu Außenklima, wie es für NEULAND-Betriebe und durch die EU-Bio-Verordnung schon lange vorgeschrieben ist.

Derweil bleibt die prophylaktische ASP-Bekämpfung unverändert auf zwei Säulen beschränkt: das *Töten* (Abschusspläne, damit Jäger:innen die Wildschweinbestände massiv reduzieren) kombiniert mit dem *Zaubau*. Hunderte Kilometer entlang der polnischen und tschechischen Grenzen zur Abwehr von Wildschweinen nach Osten sowie rund um die Restriktionsgebiete, innerhalb derer die Wildschweine jeweils ausgerottet werden sollen. Einen Erfolg weist diese *stamping out policy* nicht auf: Neue Restriktionsgebiete entstehen und einige alte weiten sich aus.

### Prophylaktische Köder-Impfungen für Wildschweine

ASP bundesweit zu beenden durch massive Bejagung und regionale Eradikation (Ausrottung) der Wildschweine bleibt in Deutschland eine Illusion. Aber die Interessengemeinschaft der Schweinehalter ISN fordert weiterhin, alle Auslauf- und Freilandschweine für 18 Monate aufzustellen.

Derweil steht eine Bewertung des auf *stamping out* und allumfassenden Zaubau ausgerichteten ASP-Managements bisher völlig aus: Das betrifft jenseits veterinärmedizinischer und sozio-ökonomischer Aspekte eine dringend benötigte Folgenabschätzung der desaströsen Auswirkungen der Verzaunung für den Artenschutz.

Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Bedeutung von Schweinefleisch auf dem Weltmarkt und der extremen Verluste durch die ASP – bisher vor allem in Südostasien – wird seit Jahren intensiv an (Köder-)Impfstoffen geforscht – auch am bundeseigenen Friedrich-Löffler-Institut. Einige befinden sich bereits in den USA und in China in der Zulassungspipeline.

Zahlreiche Jäger:innen und Förster:innen konstatieren eine endemische Ausbreitung der ASP und halten eine *flächendeckende prophylaktische Impfung* bei Wildschweinen für erforderlich. So soll eine Verbreitung unter ihnen durch weitere Einträge der ASP möglichst weitgehend verhindert und aus Artenschutzgründen die genetische Verarmung durch weitere Verinselung vieler Arten infolge des extremen Zaubaus vermieden werden.<sup>7</sup> Damit verbunden ist die Schutzwirkung für die Hausschweine. Die Vorbereitungen dafür müssten *jetzt* beginnen, um nach einer Zulassung des Impfstoffs umgehend beginnen zu können.

### Anmerkungen

- 1 »ASP in Deutschland: Zweiter Fall in der Mitte Sachsens«. Meldung agrarheute vom 25. Oktober 2021. Dort und beim FLI auch ein Überblick über weitere Fälle in Deutschland ([www.agrarheute.com/markt/tiere/asp-deutschland-faelle-ueberblick-572954](http://www.agrarheute.com/markt/tiere/asp-deutschland-faelle-ueberblick-572954) und <https://www.fli.de/de/aktuelles/tierseuchengeschehen/afrikanische-schweinepest/>).
- 2 Es handelt sich hierbei um einen Standard-Textbaustein, der in den zahlreichen Risikobewertungen des Friedrich-Loeffler-Instituts jeweils *mehrfach* vorkommt.
- 3 S. Blome, K. Franzke and M. Beer: African swine fever – A review of current knowledge. In: *Virus Research* 287 (2020) 198099, p. 8. DOI: 10.1016/j.virusres.2020.198099.
- 4 L. Ganges et al.: Classical swine fever virus: the past, present and future. In: *Virus Research* 289 (2020) 198151, p. 2. DOI: 10.1016/j.virusres.2020.198151
- 5 Ebd., p. 1.
- 6 A. Idel: Studie zu Ansatzpunkten für weitere wissenschaftliche Studien zum Thema Vorsorge, Umgang und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) unter Berücksichtigung des gesellschaftlich gewollten Umbaus der Tierhaltung – im Auftrag des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz in Brandenburg (2021) (<https://schweisfurth-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-ASP-Dr.-Anita-Idel-fin-17.05.2021.pdf>).
- 7 Georg Schilli, Kreisjägermeister Ortenaukreis (2021): persönliche Mitteilung am 20. März 2021 und am 16. November 2021.



**Dr. Anita Idel**

Tierärztin, Mediatorin, freie Wissenschaftlerin und Lehrbeauftragte an der FH Münster.

[info@anita-idel.de](mailto:info@anita-idel.de)

Foto: Katrin Denkwitz